

Energiekrise 2022/2023 – Eine politische Mär mißbraucht als Vorwand für die verantwortungs- und rücksichtslose Durchsetzung einer angeblich notwendigen Energiewende

Mölln, im Jahre 2022/2023

Vorwort: Die Autoren sind auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und in christlicher Tradition erzogen und aufgewachsen, gehören keiner Partei oder politischen Richtung an, besuchten staatliche Schulen und Hochschulen und haben sich vom einfachen Lehrling, mit Ausbildung und Abschluss und stetiger Weiterentwicklung nach oben gearbeitet. Das Prinzip war stets: „Lerne von den Besten, bleib bei Deinen Leisten, aber weite Deine Sicht und sammle Erfahrungen, damit aus diesen durch Verfeinerung Kompetenzen werden“. Und wenn man Führung, also das Vorangehen, übernimmt, dann gehe behutsam mit Verantwortung um, denn sie führt immer zu persönlicher Haftung.

Die Autoren, die aus der Mitte der Gesellschaft und aus den verschiedensten Fachbereichen kommen und somit einen Querschnitt der Gesellschaft abdecken, legen großen Wert darauf, dass die seit 24.02.2022 ausgerufene und angebliche Energiekrise hausgemacht und rein politisch, ideologisch gewollt war und ist. Denn ursächlich ist nicht Putin und damit Russland für die mangelhafte Energieversorgung in unserem Lande verantwortlich, sondern allein die aus dem Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine abgeleiteten fragwürdigen Entscheidungen von, nennen wir sie „zeitlich begrenzte Handlungsbevollmächtigte“ und ihrer mehr oder weniger „abhängigen Erfüllungsgehilfen“.

Wir sehen es als unsere Aufgabe als Bürger dieses Landes an, „Handlungsbevollmächtigten“ und ihren „Erfüllungsgehilfen“ auf die Finger zu schauen, damit die eigentlich im Grundgesetz verankerte Kontrolle durch die Bürger (Artikel 20 Abs.2 GG-„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“- auch tatsächlich wieder wahrgenommen wird und in der Konsequenz am Ende in eine persönliche Haftung der Akteure (Staatshaftung) einmündet.

Nach der ersten politischen „Hysterie“ im Umgang mit dem Virus COVID 19 (seit März 2022 – Siehe unseren Artikel unter der Seite „Aktuelles“ auf der Homepage www.citizens-foundation.com vom 15.01.2021) und nun am Beispiel „Russland sei verantwortlich für die steigenden Energiepreise und damit einhergehende Rezession in Deutschland und Europa“ möchten wir als Bürger den Verantwortlichen den Spiegel bezüglich Ihrer Entscheidungen vorhalten und anhand chronologischer Reihenfolge aufzeigen, dass es sich hierbei **nachweislich wiederum um ein politisch, ideologisches Märchen** handelt:

Aber nun der guten Ordnung halber, in zeitlicher Reihenfolge und auf nachweislich Fakten beruhend:

1. **Mit ihrer Politik hat die EU zur Gaspreiskrise beigetragen – Zitat – Handelsblatt vom 14.10.2021**

Die EU sollte auf stabile Energiepreise hinarbeiten. Bisher hat sie eher das Gegenteil getan. Dabei sind stabile und planbare Energiekosten für die Energiewende essenziell.

Zwei Möglichkeiten hätte es gegeben, die aktuelle Gaspreiskrise zu vermeiden. **Erstens hätten die europäischen Versorger die Preise langfristiger mit dem Lieferanten Gazprom absprechen können. Und zweitens hätten sie im Sommer mehr Gas bestellen können, um ihre Speicher zu füllen.**

Beides ist nicht geschehen. Darum hat die weltweit gestiegene Nachfrage auf den Preis in vielen europäischen Ländern voll durchgeschlagen. **Die Versorger haben den Wunsch ihrer Kunden nach verlässlichen Gaspreisen nicht erfüllt.** Der Markt hat versagt und zieht sogar die Preise für Strom und Öl mit nach oben.

Der Gasmarkt ist hochreguliert. Wie er funktioniert, ist in Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union festgelegt. **Als sie zuletzt reformiert wurden, galten langfristige Gaslieferungsverträge als Bestandteil struktureller Verkrustungen im Markt. Der Druck, sich mit den Lieferverträgen stärker an den Spotmarktpreisen zu orientieren, hat mit dazu beigetragen, dass die Preise auch für die Verbraucher nun so stark schwanken können.**

Russland würde langfristige Abnahmegarantien zumindest gern sehen. **Präsident Wladimir Putin nutzte am Mittwoch die Krise, um Druck auf die Europäer zu machen, wieder langfristigeren Verträgen mit dem vom Kreml kontrollierten Konzern Gazprom zuzustimmen.**

2. **Verfahren zur Zertifizierung der Nord Stream 2 vorläufig ausgesetzt – Zitat – Bundesnetzagentur vom 16.11.2021**

Die Bundesnetzagentur hat das Verfahren zur Zertifizierung der Nord Stream 2 AG als Unabhängiger Transportnetzbetreiber heute vorläufig ausgesetzt.

Die Bundesnetzagentur ist nach eingehender Prüfung der Unterlagen zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Zertifizierung eines Betreibers der Leitung Nord Stream 2 nur dann in Betracht kommt, wenn der Betreiber in einer Rechtsform nach deutschem Recht organisiert ist.

Die Nord Stream 2 AG, mit Sitz in Zug in der Schweiz, hat sich entschlossen, nicht die bestehende Gesellschaft umzuwandeln, sondern eine Tochtergesellschaft nach deutschem Recht nur für den deutschen Teil der Leitung zu gründen. Diese Tochtergesellschaft soll Eigentümerin des deutschen Teilstücks der Pipeline werden und dieses betreiben. Die Tochtergesellschaft muss dann selbst die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes an einen unabhängigen Transportnetzbetreiber erfüllen (§§ 4a, 4b, 10 bis 10e EnWG).

Das Zertifizierungsverfahren bleibt so lange ausgesetzt, bis die Übertragung der wesentlichen Vermögenswerte und personellen Mittel auf die Tochtergesellschaft

abgeschlossen ist und die Bundesnetzagentur in der Lage sein wird, die neu vorgelegten Unterlagen der Tochtergesellschaft als neue Antragstellerin auf ihre Vollständigkeit hin zu prüfen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann die Bundesnetzagentur ihre Prüfung innerhalb des verbleibenden Restes der vom Gesetz vorgesehenen viermonatigen Frist fortsetzen, einen Entscheidungsentwurf erstellen und, wie durch Binnenmarktrecht vorgesehen, der Europäischen Kommission zur Stellungnahme übermitteln.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie die Europäische Kommission wurden im Vorfeld entsprechend informiert. Die Entscheidung wurde den Verfahrensbeteiligten bekannt gegeben und anschließend veröffentlicht.

3. Füllstand der Erdgasspeicher in Deutschland von Januar 2020 bis Januar 2022 – Zitat - Statista vom Januar 2022

Hatte man im Januar 2020 noch einen Füllstand von 92,18 %, so fiel der Füllstand zur gleichen Zeit 2021 auf 58,30 % und endete im Jahre 2022 bei 46,08 %.

Das Versagen der Bundesregierung und des importierenden Gasgroßhandels in Deutschland!

4. Diese Pipeline wird noch für mächtig Ärger sorgen – Zitat – Wirtschaftswoche vom 09.01.2022

Von der großen Weltpolitik bis zum Binnenverhältnis der Ampelkoalition: Die umstrittene Ostsee-Pipeline dürfte auch in diesem Jahr Konflikte anheizen – und die Gaspreise treiben.

Olaf Scholz bemüht sich redlich, das Thema runter zu kochen. Bei der Genehmigung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 gehe es um ein „privatwirtschaftliches Vorhaben“, ein „Verwaltungsverfahren“ ohne politische Dimension, ließ der Kanzler jüngst einen Sprecher mitteilen. Läuft – und zwar in klar festgelegten Bahnen, das war vor Weihnachten die Scholz'sche Botschaft.

Das ist nicht ganz falsch, aber eben auch nicht ganz richtig. Denn, und das lässt sich schon nach Neujahr beinahe täglich beobachten: Selten war ein vermeintlich unpolitischer Vorgang so politisch aufgeladen wie die Zertifizierung und mögliche Inbetriebnahme von Nord Stream 2. **Mit Blick auf eine mögliche militärische Eskalation zwischen Russland und der Ukraine sagte etwa Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Antrittsbesuch in Washington: „Das russische Handeln ist mit einem klaren Preisschild gekennzeichnet.“ Eine Eskalation hätte „enorme diplomatische und wirtschaftliche Konsequenzen für Russland“.** **Heißt im Klartext auch: Nord Stream 2 wäre vorerst tot.** Diese Pipeline bewegt jede Ebene, von der großen Weltpolitik bis zum Binnenverhältnis innerhalb der Berliner Ampelkoalition. Im Verlauf dieses Jahres könnten sich diese Spannungen endgültig entladen – in der Politik und im Gaspreis.

Es ist keine ganz neue Erkenntnis, dass der 1234 Kilometer lange Doppelstrang von Wyborg in Russland nach Lubmin bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern ein brisantes Unterfangen ist. Es gibt ja schon Gasleitungen von Russland nach Europa: Die Nord Stream 1 Pipeline, die Jamal-Europa-Pipeline über Belarus und Polen, das ukrainische Leitungssystem. **Deshalb war stets klar, dass der Bau von Nord Stream 2 aus russischer Sicht von Anfang an darauf abzielte, einen Weg zu finden, Erdgas nach Europa zu bringen, ohne vor allem von der Ukraine abhängig zu sein. Diese Stoßrichtung war nie ein Geheimnis.**

Dass der Staatskonzern Gazprom hier mit seinem Vorgehen weitgehend mit Willen und Tun des russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem Kreml, gleichgesetzt wird, ist dabei nur recht und billig – auch wenn **mit dem französischen Energiekonzern Engie, dem österreichischen Konzern OMV, Shell, Wintershall Dea, Uniper und BASF weitere Firmen als „Finanzinvestoren“ an dem Projekt beteiligt sind.** Nord Stream 2 ist Putins Projekt.

Seit dem September 2021 ist die Pipeline technisch fertig. In Moskau wurde das mit großem Tamtam vermeldet – und dann wurde aufs Tempo gedrückt. **Beide Röhren sind nun mit Erdgas befüllt. Ihr braucht doch Gas in Europa, rufen die Putinschen Sirenen.** Los geht's, oder?

Die ukrainische Regierung, aber auch Vertreter der ukrainischen Erdgasindustrie, etwa des staatlichen Monopolisten Naftogaz, erzeugten Gegendruck, **durch Lobbyaktivitäten in Brüssel, aber auch in Washington:** Putin nutze Erdgas als Waffe, und er nutze es, um die strategische Position der Ukraine zu schwächen, so das Argument. **In der neuen Bundesregierung sind es vor allem die Grünen, aber auch Teile der FDP,** die das ähnlich sehen und dem Kreml-Chef vergleichbare Erpressungsversuche nicht durchgehen lassen wollen. **Sie rüsten gegen das Projekt – allen voran Außenministerin Annalena Baerbock, aber auch Wirtschaftsminister Robert Habeck.**

5. Bundesregierung stoppt umstrittene Gaspipeline Nord Stream 2 – Zitat – Der Spiegel vom 22.02.2022

Angesichts der russischen Aggression in der Ostukraine zieht Deutschland erste Konsequenzen: **Das Wirtschaftsministerium hat den Zertifizierungsprozess für Nord Stream 2 auf Eis gelegt.**

Die Bundesregierung zieht die Konsequenz aus der Eskalation in der Ostukraine und **hat das Genehmigungsverfahren für die umstrittene Erdgaspipeline Nord Stream 2 gestoppt.**

Er habe das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, die nötigen verwaltungsrechtlichen Schritte zu unternehmen, **damit vorerst keine Zertifizierung der Gaspipeline erfolgen kann, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag in Berlin.** »Und ohne diese Zertifizierung kann Nord Stream 2 ja nicht in Betrieb gehen.

6. Erstes Sanktionspaket gegen Russland – Zitat – Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union vom 23.02.2022

Der Rat einigt sich auf ein **Maßnahmenpaket** als Reaktion auf die Entscheidung der Russischen Föderation, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk als unabhängige Gebietseinheiten anzuerkennen, sowie die anschließende Entscheidung, russische Truppen in diese Gebiete zu entsenden.

Das vereinbarte Paket umfasst:

- a. gezielte Sanktionen gegen 351 Mitglieder der russischen Staatsduma sowie 27 weitere Personen
- b. Beschränkungen der Wirtschaftsbeziehungen zu den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk
- c. Beschränkungen des Zugangs Russlands zu den Kapital- und Finanzmärkten und den Kapital- und Finanzmarktdienstleistungen

7. Stopp von Nord Stream 2 - „Die Gasversorgung in Deutschland ist sicher“ – Zitat - Deutschlandfunk vom 23.02.2022

Trotz des **vorläufigen Stopps des Pipelineprojekts Nord Stream 2** sieht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die **Gasversorgung in Deutschland nicht gefährdet**.

Angesichts der unruhigen politischen Lage im Russland-Ukraine-Konflikt geht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) in den kommenden Tagen von Preiserhöhungen auf dem Energiemarkt aus. **Die Gasversorgung in Deutschland sei aber sicher, betonte er. „Dafür haben wir Vorsorge getroffen“. Mit den ergriffenen Maßnahmen würde auch die Kohle- und Ölversorgung gesichert.** Der Gaspreis werde sich auf „höherem, aber verkraftbaren Niveau einpendeln“.

8. Tag des Überfalls auf von Russland auf die Ukraine – 24.02.2022

Und damit der Beginn der politischen Lüge Deutschlands und Europas **„Russland erpreßt die Welt mit der Lieferung von Energie (Gas, Öl, etc.)“**. - Zitat – Merkur vom 13.05.2022

9. EU-Führungsspitzen einigen sich auf weitere Sanktionen gegen Russland – Zitat - Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union vom 24.02.2022

Die Führungsspitzen der EU kommen auf einem Sondergipfel zusammen, der nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine einberufen wurde. Sie einigen sich auf **weitere Sanktionen gegen Russland**. Diese betreffen:

- a. den Finanzsektor
- b. den Energie- und den Verkehrssektor**
- c. Güter mit doppeltem Verwendungszweck
- d. Ausfuhrkontrollen und Ausfuhrfinanzierung
- e. die Visumpolitik
- f. zusätzliche Sanktionen gegen russische Personen
- g. neue Kriterien für die Aufnahme in die Sanktionslisten

10. Vor dem EU-Sondergipfel hieß es, Europa sei bereit, selbst einen hohen wirtschaftlichen Preis für Sanktionen gegen Russland zu zahlen. – Zitat – Zeit Online vom 25.02.2022

Am Abend nun saßen die 27 Staats- und Regierungschefs zusammen und **beugten sich über eine Sanktionsliste, die von der EU-Kommission schon seit Wochen vorbereitet worden war.**

Deswegen war die Frage "Wie viele Schmerzen sollen wir Russland zufügen?" auch immer die Frage **"Wie viele dürfen wir unseren eigenen Bürgern zumuten?". Im Vorfeld des Gipfels war davon die Rede, dass Europa bereit sei, "einen hohen wirtschaftlichen Preis" zu bezahlen.**

11. Bundeskanzler Olaf Scholz: Wir erleben eine Zeitenwende – Zitat – Pressemitteilung Deutscher Bundestag vom 27.02.2022

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) unterstrich, dass **die Sanktionen gegen Russland auf Dauer angelegt seien.** „Wir brauchen einen langen Atem, wir haben diesen langen Atem.“ Deutschland sei bereit, die negativen Auswirkungen der Sanktionen auch hierzulande zu tragen, „denn sie sind der Preis der Freiheit“.

Das Thema Energiesicherheit bekomme in Deutschland eine neue Priorität.

„Erneuerbare Energien lösen uns von Abhängigkeiten.“ Sie seien deshalb „Freiheitsenergien“, betonte Lindner.

12. Scholz: Kein russisches Gas mehr - aber nicht sofort – Zitat – euronews vom 23.03.2022

„Über Jahrzehnte hinweg ist unsere Abhängigkeit von Öl, Kohle und Gas aus Russland gewachsen. Ja, **wir werden diese Abhängigkeit beenden, so schnell wie das nur irgend geht. Das aber von einem Tag auf den anderen zu tun, hieße, unser Land und ganz Europa in eine Rezession zu stürzen. Hunderttausende Arbeitsplätze wären in Gefahr, ganze Industriezweige stünden auf der Kippe**“, sagte der deutsche Bundeskanzler.

13. "Pipeline sprengen" - Ist Luisa Neubauer (Fridays for Future) zu weit gegangen? – Zitat - DW Nachrichten vom 14.06.2022

Klimaaktivistin Luisa Neubauer erklärt auf Instagram: **"Wir planen, eine Pipeline in die Luft zu jagen". Solche Provokationen seien nötig, um Gehör zu finden sagt der Aktivist von friedlichesabotage.net, Tazio Müller. Und erklärt, warum er von einer drohenden "grünen RAF" spricht.**

14. Luisa Neubauer: Aussagen irritieren - sie kontert: „Jesus Maria“ – Zitat – Merkur vom 15.06.2022

Dazu postete die 26-Jährige ein Bild des Buchcovers „How to Blow Up a Pipeline“, das der **schwedische Autor und Klimaforscher Andreas Malm schrieb. Er gilt als Vordenker der radikalen Klimabewegung.** Andreas Malm schrieb unter anderem in einem Gastbeitrag für die Zeitung Der Spiegel in Bezug auf den Klima-Aktivismus: „Wir haben noch nicht genug getan. **Wir müssen mehr versuchen. Wir brauchen keine großen Konzepte, um zu erkennen, dass jetzt nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen.**“

15. Habeck rechnet nicht mehr mit russischem Gas über Nord-Stream 1 – Russland knüpft Lieferung an Ende der Sanktionen – Zitat - business insider vom 07.09.2022

Wirtschaftsminister Robert Habeck geht davon aus, dass Deutschland aus Russland über die wichtigste Pipeline Nord Stream 1 kein Gas mehr erhalten wird. „Es kommt noch ein bisschen Gas über die Ukraine-Pipeline, aber dass Nord Stream 1 wieder aufgemacht wird, gehört nicht zu den Szenarien, von denen ich ausgehe“, sagte Habeck im ZDF-»heute journal«.

Russland hatte die Wiederaufnahme der Gaslieferung über Nord Stream 1 zuvor davon abhängig gemacht, dass der Westen die Sanktionen gegen das Land wegen seines Überfalls auf die Ukraine **zumindest lockert.** In diesem Sinne hatte sich Kreml-Sprecher Dimitr Peskow geäußert.

Russland werde die Lieferungen über Nord Stream 1 wieder aufnehmen, wenn die Sanktionen gelockert würden.

16. ENERGIEKRISE - Europas Energiemisere führt zu jahrelangen Engpässen weltweit – Zitat – Capital vom 10.11.2022

Europa hat sich mit Gas eingedeckt, um einer Versorgungskrise zu entgehen. **Der Markt für Flüssiggas ist leergefegt – mit katastrophalen Folgen für andere Weltregionen. Finanzschwächere Länder wie etwa Pakistan kommen nicht mehr an den begehrten Rohstoff.**

Die Rechnung ist gesalzen, doch Europa wird den Winter überstehen: Für diese Heizperiode wurde genug Öl und Gas gehortet. Weitaus schwerer wiegen die Kosten,

die auf die ärmsten Länder der Welt zukommen. Sie wurden von Europas plötzlichem Heißhunger auf Gas quasi aus dem Markt gedrängt. **Schwellenländer sind wegen der gestiegenen Preise nicht mehr in der Lage, ihren aktuellen wie künftigen Bedarf zu decken. Die absehbaren Folgen – Fabrikschließungen, häufigere und länger andauernde Stromengpässe, soziale Unruhen - könnten sich bis ins nächste Jahrzehnt erstrecken.**

„Die Angst um die Energiesicherheit in Europa verursacht in den Schwellenländern Energiearmut“, sagt Saul Kavonic, Energieanalyst bei der Credit Suisse. „Europa saugt anderen Ländern das Gas ab, koste es, was es wolle.“

Nach einem Sommer mit Stromausfällen und politischen Unruhen haben die kühlere Witterung und starke Regenfälle die unmittelbare Energiekrise in Pakistan, Indien, Bangladesch und den Philippinen gemildert. Die Entspannung dürfte jedoch nur vorübergehend sein. Kältere Temperaturen sind im Anmarsch – in Teilen Südasiens kann der Winter eisig sein – und die Chancen, die Versorgung langfristig zu sichern, sind gering.

Die Stärke des Dollars hat die Situation noch verschlimmert. **Viele Länder stehen vor der Wahl, Öl oder Gas zu kaufen oder ihre Schulden zu bedienen. Wegen drohender Zahlungsausfälle wiederum sind die Öl- und Gasproduzenten noch zurückhaltender beim Verkauf an diese Länder.**

Europa hat die Preise nach oben getrieben

Das Kernproblem ist die Reaktion Europas auf die Engpässe bei der Gasversorgung. Nach Russlands Invasion in der Ukraine hat Brüssel umfangreiche Sanktionen gegen Moskau verhängt. Seither hat Russland seine Gaslieferungen weitgehend eingestellt, so dass die europäischen Länder ihren Gasbedarf über den Kassamarkt decken müssen. **Hier trieben ihre Orders – besonders zur schnellen Befüllung der Gasspeicher –die Preise nach oben.**

Mit Flüssiggas (LNG) befüllte Tanker nehmen daher kurzerhand Kurs auf die lukrativen europäischen Märkte. „Die Lieferanten müssen ihr LNG nicht in Märkte mit niedrigen Preisen verschiffen“, erklärt Raghav Mathur, Analyst bei Wood Mackenzie. **Die höheren Preise am Kassamarkt machen die Vertragsstrafen mehr als wett, die sie für das Storno geplanter Lieferungen zahlen müssten. Diese Dynamik dürfte noch jahrelang anhalten, so Mathur.**

Normalerweise wollen Nationen langfristige Lieferverträge abschließen, um ihre Versorgung über Jahre zu einem Festpreis abzusichern. Derzeit funktioniert das nicht. Selbst Bestellungen, die erst in einigen Jahren geliefert werden sollen, werden abgewiesen. So scheiterte Indien unlängst mit dem Versuch, Lieferungen ab 2025 zu ordern. Bangladesch und Thailand haben den Versuch aufgegeben, Gas für einen Zeitpunkt vor 2026 einzukaufen, wenn große neue Exportanlagen in Katar und den USA den Betrieb aufnehmen. Pakistan konnte letzten Monat den angestrebten Sechsjahresvertrag ab dem nächsten Jahr nicht abschließen.

Ohne russisches Gas gibt es keine Entspannung auf den globalen Märkten. Die Kassapreise dürften auf hohem Niveau bleiben und ohne eine Chance auf langfristige Lieferungen werden sich die Entwicklungsländer nach schmutzigeren Brennstoffen oder nach neuen Lieferanten umsehen. Die Energieknappheit hat aufstrebende Ökonomien und Russland bereits näher zusammengebracht. Moskau ist mehr als bereit, Pakistan, Indien und anderen Ländern, die vom Spotmarkt ausgeschlossen sind, seinen Brennstoff anzubieten.

Umstieg auf klimaschädliche Energiequellen

Als letzter Ausweg bleibt für ärmere Länder der Umstieg auf Kohle und Gas, die ungleich klimaschädlichere Energiequellen sind. Die Förderung neuer fossiler Brennstoffe ist energieintensiv und mit höheren Umweltbelastungen verbunden.

„Wenn Erdgas unsere Mittel übersteigt, müssen wir natürlich bis zu einem gewissen Grad auf Kohle zurückgreifen, weil wir das Grundniveau der Stromerzeugung brauchen“, sagte Indiens Finanzministerin Nirmala Sitharaman kürzlich. **„Das kann nicht nur durch Solar- oder Windenergie erreicht werden.“**

„Wir sollten nicht vergessen, dass das LNG, das wir bekommen, jemand anders nicht bekommt“, sagt Torbjörn Tornqvist, Chef des Rohstoffhändlers Gunvor Group.

17. Schwedische Staatsanwaltschaft: Nord-Stream-Lecks waren Sabotage – Zitat - NDR vom 18.11.22

Nach Ermittlungen an den Explosionsorten der Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee vor Bornholm ist die schwedische Staatsanwaltschaft sicher, dass sich die Pipeline-Lecks auf schwere Sabotage zurückführen lassen. An mehreren untersuchten Fremdkörpern in der Nähe der Lecks seien Sprengstoffspuren nachgewiesen worden, hieß es.

An der Sachlage ändere sich nichts, sagte der Sprecher der Nord Stream 2 AG, Ulrich Lissek. "Die Pipeline ist kaputt." Bisher sei man nicht in der Lage gewesen, Schäden zu begutachten. Es fehlten Zusagen von den Behörden. **Nord Stream 1 und 2 haben jeweils zwei Röhren. Nach bisherigen Informationen sind bei Nord Stream 1 beide Röhren und bei Nord Stream 2 eine Röhre beschädigt.**

Ende September waren nach Explosionen im Seegebiet um Bornholm insgesamt vier Lecks an den Pipelines Nord Stream 1 und 2 entdeckt worden, jeweils zwei davon in den **ausschließlichen Wirtschaftszonen Dänemarks und Schwedens.** Nach Angaben der Betreibergesellschaft wurde eine Röhre der Pipeline Nord Stream 1 auf einer Länge von rund 250 Metern zerstört. Bereits Tage nach Entdeckung der Lecks war vermutet worden, dass Sabotage dahintersteckt und sie durch vorsätzlich herbeigeführte Detonationen verursacht wurden. **Russland bestreitet, für die Lecks verantwortlich zu sein.**

Bei der Suche nach dem Urheber der Explosionen könnten Satellitenfotos für weitere Aufklärung sorgen. **Laut einem Bericht des US-Technikmagazins "Wired" waren in den Tagen vor der mutmaßlichen Sprengung der Pipelines zwei Schiffe mit**

ausgeschalteten Trackern in unmittelbarer Nähe der Lecks. Dies zeigten Aufnahmen des privaten Satellitendaten-Unternehmens SpaceKnow, so der Bericht. Die Schiffe seien jeweils etwa 95 bis 130 Meter lang gewesen. "Sie hatten ihre Leuchtfeuer ausgeschaltet, was bedeutet, dass es keine Informationen über ihre Bewegung gab, und sie versuchten, ihre Standortinformationen und allgemeinen Informationen vor der Welt zu verbergen", zitiert "Wired" den SpaceKnows-Geschäftsführer Jerry Javornicky.

Anmerkung: Per Satellit lassen sich heute in wenigen Minuten und Stunden Dinge überall auf der Welt aufklären. Aber der angeblich so „überlegenen westlichen Welt“ ist es bis Anfang 2023 immer noch nicht gelungen, die Verursacher zu lokalisieren?

Das „stinkt nicht nur bis zum Himmel“, sondern es legt auch den Verdacht nahe, dass interessierte Gegner der fossilen Energie und/oder Gegner der Energieversorgung aus Russland den Anschlag zum Nachteil von Millionen Bürgern und der Wirtschaft veranlasst haben! Vermutlich mit Wissen von Regierungen, deren Interesse in die gleiche Richtung geht!

Dies gilt auch für die Bundesgeneralstaatsanwaltschaft, die ermittelt, aber scheinbar nichts findet oder sollte man sagen, nichts finden will?

18. "Wie ein Energiemarkt-Anfänger" - Deutschland drohen wegen Gaskäufen hohe Verluste – Zitat ntv vom 09.12.2022

Nach Informationen des Fachdienstes "Tagesspiegel Background" aus Parlamentskreisen kaufte die von der Regierung beauftragte Trading Hub Europe (THE) bis Anfang November dieses Jahres knapp 50 Terawattstunden Erdgas. Sie wurden in den deutschen Gasspeichern eingelagert. Das beschaffte Volumen entspricht rund einem Fünftel der gesamten Speicherkapazitäten in Deutschland. **Der Durchschnittspreis beim Einkauf ist den Informanten zufolge, die sich auf Regierungsunterlagen berufen, mit rund 175 Euro pro Megawattstunde deutlich höher als der derzeitige Marktpreis von Gas.** Insgesamt wurden knapp 8,7 Milliarden Euro ausgegeben.

Diese Handelsposition befindet sich nun deutlich im Minus, da die Preise im Großhandel für Erdgas gefallen sind. **Gas zur Lieferung in den kommenden Monaten wird im zentraleuropäischen Markt fast durchgängig für rund 145 Euro gehandelt.** Derzeit wäre also bei einem Verkauf mit einem Verlust in der Größenordnung von rund 1,5 Milliarden Euro zurechnen, auch wenn die Summe ohne Einblick in die Handelsbücher nicht genau beziffert werden kann. **Fällt der jüngst gestiegene Gaspreis wieder, könnten die Verluste stark ansteigen.**

Berlin schweigt zu Geschäftsdetails

Die Bundesregierung schweigt zu den Details der Geschäfte. Das Wirtschaftsministerium hält die entsprechenden Informationen unter Verschluss, sie werden als geheim eingestuft. Das BMWK "kann die von Ihnen erbetenen Informationen zu Einkaufspreisen der TradingHub Europe GmbH nicht

öffentlich zur Verfügung stellen", hieß es auf Anfrage von "Tagesspiegel Background" offiziell.

Branchenexperten kritisieren das Vorgehen dennoch scharf. THE habe "noch Monate nach Start der Gasbeschaffung ausschließlich am Spotmarkt agiert und die Positionen weiterhin nicht abgesichert", sagte Hanns Koenig vom Analysehaus Aurora Energy Research. "Das lässt sich nur mit mangelnden technischen und ökonomischen Fähigkeiten erklären, und das hätte in einem so langen Zeitraum behoben werden müssen."

Lion Hirth, Energiepolitik-Professor an der Hertie School, sagte: **"THE hat sich angestellt wie ein Energiemarkt-Anfänger, der nichts von Risikomanagement versteht." Im Ergebnis habe sich der deutsche Staat "de facto als Spekulant betätigt". In der Branche macht zudem die Runde, dass THE zeitlich sehr voraussehbar und zu jedem Preis Gas beschaffte -andere Händler hätten sich gegen diese starre Einkaufsstrategie schnell optimiert, also daraus für sie profitablere Handelsstrategien abgeleitet.**

19. Importstopp für Rohöl aus Russland in Kraft – OM.Online 01.01.2023

Erst kein Öl mehr per Tanker, jetzt auch nicht mehr per Pipeline: Deutschland importiert den Energieträger nicht mehr aus Russland.

Deutschland hat zum Jahreswechsel alle Importe von Rohöl aus Russland gestoppt. Hintergrund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit 5. Dezember galt bereits ein EU-Embargo gegen russisches Rohöl, das per Tanker kommt. Nun folgt ein deutscher Importstopp für Öl aus der Pipeline Druschba. Die ostdeutschen Raffinerien in Schwedt in Brandenburg und Leuna in Sachsen-Anhalt müssen deshalb die Bezugsquellen umstellen.

Das Öl-Embargo soll es für den russischen Präsidenten Wladimir Putin schwerer machen, den Krieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Kritiker wenden ein, dass Russland das Öl an andere Abnehmer verkaufe und trotzdem Kasse mache.

Fazit:

Aus den **oben erwähnten Fakten und deren chronologischer Reihenfolge ist eindeutig und zweifelsfrei erkennbar**, dass das politische „Märchen“ der deutschen Regierung sowie großer Teile deutscher Parlamentarier und Parteien - „Russland nutzt Energie als Waffe“ - **für Deutschland nicht wahr ist.**

Der Auslöser für die Energieknappheit seit 24.02.2022 – dem Beginn des Überfalls auf die Ukraine und des bis heute andauernden Krieges – **ist einzig und allein der einseitige, radikale und ideologisch veranlasste Verzicht Deutschlands auf russisches Gas, Öl und Kohle.**

Nach den kleinkarierten Vorstellungen, wenn Russland keine Einnahmen aus dem Energiegeschäft hat, wird früher oder später Russland auch das Geld für den Krieg gegen

die Ukraine ausgehen. Der ewige Irrglaube – seit der Kubakrise 1962 bis zum heutigen Tage –, dass Sanktionen die andere Seite zum Einlenken bewegt.

Der Erfolg oder besser gesagt der Misserfolg von Sanktionen lässt sich gut bei den Ländern Kuba, Nordkorea, Iran etc. ablesen.

In der Folge möchte man dauerhaft „unabhängiger von russischen Energielieferungen werden“, was faktisch beim zweitgrößten Gaslieferanten der Welt, so gut wie unmöglich ist, wenn man eine preiswerte Grundversorgung für Bürger und die Wirtschaft benötigt.

Da man die größten Ersatzlieferanten – wie Iran, China, Katar, Saudi-Arabien und Algerien, wegen ideologischer Werte kritisch sieht oder ganz ausschließt – bleiben nur noch die USA, Kanada, Australien und Norwegen übrig.

Diese wiederum liegen deutlich über den Preisen aus Russland und nutzen nun auch ihre verbliebene Marktmacht aus. Zudem sind diese Länder Konkurrenten im Bereich der Industrie und des Handels, was zu neuen Abhängigkeiten und Rücksichtnahmen führt, ohne dass dies zwingend notwendig gewesen wäre (Stichwort „Freihandelsabkommen und ihre teilweise fehlende Gerichtsbarkeit und Haftung“).

Die durch diese einseitigen politischen Entscheidungen verursachte radikale und unplanmäßige Verknappung (Erzeugung von Mangel) führte und führt weiter zu steigenden Energiepreisen. Hinzu kamen und kommen von den Verantwortlichen auch noch schwere fachliche Mängel, Unvermögen und Inkompetenz bei der Energiebeschaffung.

Statt als Regierung den Mangel zu beseitigen, nutzt man diesen Umstand – man wollte ideologisch schon immer Energie verteuern (z.B. CO₂-Bepreisung) – um die Bürger und die Wirtschaft zum Energiesparen zu zwingen. Nun hat man scheinbar nicht nur einen Vorwand und damit eine „Legitimation“, sondern verbindet dies auch noch mit der Forderung an die Abnehmer (Bürger, Wirtschaft), komplett aus sogenannten fossilen Energieträgern schnellstens auszusteigen und damit einen rein ideologischen Umbau vorzunehmen.

Koste es was es wolle. **Dabei nimmt man bewusst in Kauf, energieintensive und zur Grundversorgung der Bevölkerung dringend notwendige Unternehmen zu zerstören oder diese ins Ausland zu vertreiben. Mit dem Ergebnis der „Produktion weiteren Mangels“ und damit weiter steigenden Preisen für die Bevölkerung und sinkendem Wohlstand für die breite Masse.**

Erst im September 2022, also weit nach der angeblich von den politisch Verantwortlichen in Deutschland inszenierten „Erpressung von Russland“ stellte Russland, in Folge der vielfachen Sanktionspakete und der gewonnenen Erfahrung („Mangel führt zu steigenden Preisen“) sowie die Zerstörung seiner 3 Pipelines in der Ostsee, die Lieferungen ein.

Und der Ausblick:

Die unerwartete Zukunft von Öl und Gas – Zitat Max-Planck-Gesellschaft vom 25.07.2022

Die hohen Energiepreise verstellen derzeit den Blick auf ein Dilemma, das in naher Zukunft bevorstehen dürfte: **Wenn die Energieerzeugung in vielen Staaten zunehmend ohne Erdöl und Erdgas auskommt, wird der Preis sinken. Damit wird es für Länder, die sich keine Energiewende leisten können oder wollen, wieder attraktiver, fossile Brennstoffe zu nutzen.**

Also von Nachhaltigkeit und Strategie ist bei dieser Regierung aus SPD/Grünen und FDP nichts zu erkennen!

Es wird dringend notwendig, dass der Wähler und damit der Bürger bei den kommenden Wahlen die verantwortlichen Parteien mit ihrer/seiner Nichtstimme abstrafen!

Denn eine unwahre und unglaubwürdige Geschichte („Mär“) als politisches Instrument sollte generell keinen Platz haben in einer wahren, echten Demokratie und Freiheit!

Dies gilt auch für sogenannte „Experten“ (abhängige Institute, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft, IFO-Institut usw.) die stets im Dunstkreis der politisch Verantwortlichen für die angeblich unterstützende Expertise sorgen! Zu jedem Thema und zu jeder Zeit angeblich „Forschungs- oder Untersuchungsergebnisse“ präsentieren und die „Entscheidungsschwäche“ der politisch Verantwortlichen unter dem Mäntelchen der „Unabhängigkeit“ ausgleichen sollen, natürlich gegen Alimentierung und Auftragsvergabe!

Wahre Demokratie und Freiheit lebt von der Eigeninitiative und der Bildung einer eigenen Meinung durch den Souverän, den Wähler!

Diese seit Jahren und für jedes Thema praktizierte Vorgehensweise sorgt aber eher für die Zerstörung von Demokratie und Vertrauen und sorgt für das Abwenden ganzer Bevölkerungsschichten von der Politik und dem zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust in die politischen „Akteure“.

Die politisch Verantwortlichen zerstören damit das demokratische Gemeinwesen und fördern damit unbewußt das Gegenteil!

Denn wer einmal lügt, den glaubt man nicht mehr!

Ihre „Till Eulenspiegel“s

15.01.2023